

Muster 19
(Vorlage an die Planfeststellungsbehörde)

Richtl.-Nr. 21.2

_____, den _____
(Anhörungsbehörde)

An

(Planfeststellungsbehörde)

Betr.: Planfeststellung für _____ (Bauvorhaben)
von _____ bis _____ in der/den Gemeinde(n) _____

Bezug:

- Anlg.:** (zum Beispiel
- Vorgänge über den Ablauf des Anhörungsverfahrens
 - Zusammenstellung der Stellungnahmen und Einwendungen
 - Stellungnahme der Straßenbaubehörde
 - Ausfertigungen Planunterlagen
 - Deckblätter
 - Vereinbarungen
 - Ausfertigungen der Niederschrift über den Erörterungstermin)

Auf Veranlassung des/der _____ (Straßenbaubehörde)
ist für das im Betreff bezeichnete Bauvorhaben das Anhörungsverfahren nach § 17 FStrG, § 73 VwVfG durchgeführt
worden.

Folgende Behörden und Stellen haben Stellungnahmen abgegeben:
(zum Beispiel Regierungspräsident – Dezernat Wasser, Abfallwirtschaft –
Kommunalbehörden
Eisenbahn-Bundesamt
Post
Landeskonservator
Versorgungsunternehmen)

Folgende anerkannte Verbände sind von der Auslegung der Planunterlagen gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG unter
Übersendung einer Übersichtskarte im Maßstab _____ unterrichtet worden: _____

Der Plan hat in der Zeit vom _____ bis _____ einschließlich in _____
öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegt.

Die Auslegung der Planunterlagen ist vorher (§ 17 Abs. 3 b Satz 3 FStrG) ortsüblich bekannt gemacht worden.
Einwendungen gegen den Plan sind – nicht – erhoben worden.

Die Einwendungen, soweit sie rechtzeitig erhoben worden sind, und Stellungnahmen sind am _____ in
_____ erörtert worden.

Wegen des Ergebnisses des Erörterungstermins wird auf die Niederschrift über diesen Termin verwiesen. Den beteiligten
Behörden, den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen rechtzeitig erhoben hatten, wurde auf Antrag der sie be-
treffende Teil der Niederschrift über den Erörterungstermin übersandt.

Zu dem Anhörungsergebnis und den rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird wie folgt Stellung genommen:

(In der Stellungnahme ist gegebenenfalls auf Folgendes besonders einzugehen:

1. Ausklammerung von Teilstrecken aus der Planfeststellung (zum Beispiel weil aufgrund von neuem Vorbringen umgeplant werden muss),
2. Vorbehalte,
3. Auflagen nach § 74 Abs. 2 VwVfG,
4. Zusätzliche wesentliche Maßnahmen (zum Beispiel Über- beziehungsweise Unterführungen, Zufahrten, die von der Straßenbaubehörde unter Vorbehalt zugesagt worden sind, Deckblätter dazu – Begründung und Hinweise –),
5. Zusammenfassende Darstellung gemäß § 11 UVPg,
6. Vereinbarungen, die nachrichtlich in die Planfeststellung aufgenommen werden sollen,
7. Änderungen von Planunterlagen, denen die davon Betroffenen, die namentlich aufzuführen sind, ihre Zustimmung gegeben haben,
8. Vollständigkeit der Planunterlagen, Vereinbarungen und anderes, Nachreichen von Unterlagen,
9. Eine Aussage darüber, ob die Bestimmung der Linienführung nach § 16 FStrG erfolgt ist,
10. Stellungnahme zu den nicht ausgeräumten Einwendungen.)

Um Übersendung von _____ Ausfertigungen des Planfeststellungsbeschlusses wird gebeten.

Durchschrift an

(Straßenbaubehörde)

Mit einem Abdruck der Stellungnahme zum Ergebnis des Erörterungstermins und einem Abdruck der Verhandlungsniederschrift mit der Bitte um Kenntnisnahme.

(Unterschrift)